

## Sehr geehrte Frau Bundesministerin Heinisch-Hosek!

Am 16.12. 2013 wurden Sie als Bundesministerin für Bildung angelobt und haben damit eine der wichtigsten Positionen innerhalb der neuen Regierung übernommen. Sie sind, Frau Ministerin, keine politische Newcomerin, sondern eine erfahrene sozialdemokratische Politikerin. Die Presse attestiert Ihnen „auch kämpferisch und zäh genug ... für einen der härteren Jobs in der Regierung“ zu sein. Zudem verfügen Sie – im Unterschied zu Ihrer Vorgängerin – über eine langjährige Unterrichtspraxis, kennen Schule also von innen.

Nützen Sie die Chance, Ihre politische ebenso wie Ihre pädagogische Expertise dafür einzusetzen, dass das oft bemühte Diktum von unserer Jugend als der Zukunft unseres Staates nicht zur leeren Worthülse verkümmert. Schaffen Sie die Rahmenbedingungen für die bestmögliche Förderung und Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen und lassen Sie sich dabei vom Regierungspartner nicht in Geiselnhaft nehmen. Seit Beginn der schwarz-blauen Koalition im Jahr 2000 und während der nachfolgenden großen Koalition hat sich das Engagement der Regierung im Bildungsbereich im Wesentlichen auf drei Punkte beschränkt:

- **Sparen**, was zu einem nicht mehr zu übersehenden Qualitäts- und Angebotsmangel geführt hat.
- **Beschädigung des LehrerInnenimages** mit populistischer medialer Hilfe.
- **Schaffen einer Riesenbaustelle** an Reförmchen, die darüber



von **Christine Mössler**  
(HLW Graz, Fachausschuss  
Steiermark)

hinwegtäuschen sollen, dass eine dringend nötige umfassende Bildungsreform ausbleibt.

Lassen Sie, Frau Ministerin, nicht zu, dass in dieser Form weitergearbeitet wird! Stellen Sie sich den Herausforderungen, die Ihre Position mit sich bringt, und treten Sie mit aller Kraft für ein offenes, zukunftsorientiertes und international wettbewerbsfähiges Bildungssystem ein.

Was ist zu tun?

### 1. **Das LehrerInnendienstrecht muss zurück an den Start!**

Das seit Mai 2011 verhandelte und am 18.12.2013 ohne Einbeziehung der Sozialpartner beschlossene neue LehrerInnendienstrecht muss wieder aufgerollt und unter Einbindung der Betroffenen und der Sozialpartner neu entwickelt werden. Dabei sollten folgende Punkte Berücksichtigung finden:

- Erstellung einer Arbeitszeitstudie als Basis für eine Neubewertung der LehrerInnenleistungen und der Errechnung eines zumutbaren Beschäftigungsausmaßes.
- Klare Arbeitsplatzbeschreibung.
- Bereitstellung von ausreichend Supportpersonal an den Schulen in Form von SozialarbeiterInnen / PsychologInnen / pädagogischen BetreuerInnen.
- Administrative Entlastung des Lehrpersonals – inzwischen

▷ entfallen nachgewiesenermaßen bis zu 30% der Arbeit auf administrative Tätigkeiten.

- Verbesserte Arbeitsbedingungen an den Schulen (kleinere Klassen und Gruppen, ausreichend Platz zum Arbeiten für das Lehrpersonal, Bereitstellung von Arbeitsmitteln, PCs...).
- Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufes, nicht zuletzt durch verstärkte Wertschätzung.

## 2. Wir brauchen eine Bestandsaufnahme der Stärken und Schwächen unseres Bildungssystems

Auf Basis dieser Bestandsaufnahme muss ein Gesamtbildungsplan erarbeitet werden, mit klaren Prioritäten, die sukzessive, in kleinen Schritten und für alle Beteiligten nachvollziehbar umgesetzt werden. So wird Überforderung vermieden und notwendige Innovationen können von allen Beteiligten leichter akzeptiert und mitgetragen werden. Das Hauptaugenmerk sollte dabei auf folgenden Aspekten liegen:

- Bedeutung der Elementarpädagogik für den Bildungsweg.
- Förderung vielfältiger moderner Lern- und Unterrichtsformen.
- Schaffung einer gemeinsamen, nach Begabungen und Interessen differenzierenden Schule der 10- bis 14-Jährigen und Auflösung des 50-Minuten-Korsetts, das jeder kreativen Unterrichtsgestaltung im Wege steht.
- Gewährleistung hoher Gestaltungsflexibilität der einzelnen Schulen, was auch die parteiproporzunabhängige (!) Bestellung von SchulleiterInnen bzw. Leitungsteams einschließt.

- PädagogInnenausbildung nach modernsten Kriterien.

- Berücksichtigung der veränderten gesellschaftlichen Bedingungen bei der Neugestaltung des Lern-, Arbeits- und Lebensraumes Schule, u.a. durch die Entwicklung gut organisierter ganztägiger Schulformen, wobei sich die Unterrichtszeit nicht verändern soll.

- Abschaffung der Weisungsbindung – die sollte in einer modernen, demokratischen Gesellschaft obsolet sein, und in den meisten OECD-Ländern hat auch der Shift von LehrerInnen als weisungsgebundenen BeamtenInnen zu anerkannten Bildungspersonals längst stattgefunden.

## 3. Wir sollten von Vorbildern lernen

Österreich muss das Rad nicht neu erfinden. Viele Reformen sind in anderen europäischen Ländern bereits erfolgreich umgesetzt, so etwa in Finnland. Engagieren Sie, Frau Ministerin, keine selbsternannten Gurus, sondern echte Bildungsprofis, die unter Einbindung der Basis das österreichische Bildungssystem an Hand von Best-Practice-Beispielen dahingehend reformieren, dass die Akzeptanz und der Erfolg unseres Bildungssystems im europäischen und internationalen Kontext weiterhin gewährleistet bleiben. Und schließlich: Widerstreben Sie, Frau Ministerin, der Ökonomisierung des Bildungssystems. Verteidigen Sie das Bildungsbudget vehement gegen weitere Kürzungen! Auf Sie, sehr geehrte Frau Bildungsministerin, wartet eine Fülle spannender Herausforderungen. Sie werden dafür Mut, Ausdauer und viel Fingerspitzengefühl brauchen. Das alles wünsche ich Ihnen! Halten Sie die bewährte sozialpartnerschaftliche Tradition hoch und arbeiten Sie nicht gegen, sondern mit den Lehrerinnen und Lehrern für ein zukunftsorientiertes, gerechtes und offenes Bildungssystem.

# Das neue Dienstrecht – Ende schlecht, alles schlecht? Oder: Ein Auftrag für uns alle

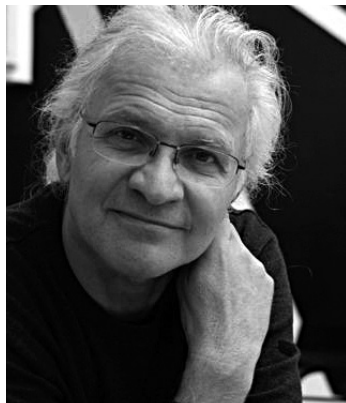
Das neue LehrerInnendienstrecht (LDG neu) wurde am 17.12.2013 im Nationalrat – auch mit den Stimmen führender GewerkschafterInnen – beschlossen. Zwölf Tage vor dieser Abstimmung fanden an allen AHS und BMHS Dienststellenversammlungen statt, bei denen über das neue Dienstrecht, das im Schuljahr 2019/20 in Kraft treten soll, informiert und eine E-Mail-Aktion an zuständige PolitikerInnen mit der Aufforderung beschlossen wurde, das ohne sozialpartnerschaftliche Einigung eingebrachte Gesetzespaket „Pädagogischer Dienst“ abzulehnen. Darüber hinaus wurden an vielen Schulen Resolutionen an Gewerkschaftsgremien verfasst, klare Streikvorbereitungen zu treffen, und die Bereitschaft bekräftigt, Proteste bis hin zu mehrtägigen Streikmaßnahmen der Gewerkschaft zu unterstützen. Vor dem Beschluss sollten unbe-

dingt Zeichen des massiven Protestes gesetzt werden. Bereits nach dem 18.11., also nachdem die Regierung die Gespräche platzen und die GÖD-Verhandlungsgruppe im Regen stehen ließ und im Ministerrat die Gesetzesvorlage beschloss, lagen an den BMHS Unterschriftenlisten auf, „gewerkschaftliche Maßnahmen bis hin zum unbefristeten Streik mitzutragen“. Sie fanden zwar – trotz mancherorts geringem Organisationsgrad und wenig engagierten GewerkschaftsvertreterInnen – breite Zustimmung, aber für die BMHS-Bundesleitung waren über 9000 Unterschriften wohl zu wenig, um damit entschlossen aufzutreten. Sieht man von Unterschriftenlisten und Petitionen ab, sind die Lehrgewerkschaften nach außen hin nicht wirklich aktiv geworden, obwohl die Empörung unter den LehrerInnen groß wie selten zuvor war.

Und hätte die GÖD nach den lächerlichen Gehaltsangeboten der Regierung am 18.12. nicht die Großkundgebung „Kaufkraft stärken – Sozialen Dialog erhalten“ abgehalten, wäre fast nichts passiert. Das ist für viele enttäuschend!

## Schlussfolgerungen

Die Diskussion um das LDG neu lief unter für uns LehrerInnen schlechten Rahmenbedingungen – so gesehen nichts Neues. Wann immer es in der letzten Zeit um „die Lehrer“ geht, tut sich eine Phalanx aus Ablehnung und Vorurteilen auf. So auch diesmal! In vielen Zeitungen und Magazinen fanden sich Artikel, in denen massiv Stimmung gegen die „ProfessorInnen“ und deren Gewerkschaft gemacht wurde: „Die Lehrer und ihre Gewerkschaft nehmen Österreichs Bildungssystem seit Jahrzehnten in Geiselschaft. Eine bessere Schule scheitert an Standesdünkel und Bequemlichkeit“, war im Profil zu lesen.



von John Gaisbacher und Haymo Sternat (HTL Graz, BULME)

Die FCG-dominierte Gewerkschaft hat dem nicht wirklich viel entgegenzuhalten, sie agiert wie eine auf ihre Mitglieder zentrierte Organisation mit Abschottungstendenzen. Ihre Öffentlichkeitsarbeit ist – gelinde gesagt – nicht am Puls der Zeit. Bei den Verhandlungen setzt sie auf Stillhalten und lässt sich in 35 Sitzungen verschaukeln, statt unsere Anliegen offensiv zu transportieren. Das ist umso tragischer, als die Regierung die mediale Stimmung gegen LehrerInnen ausnützt, um ihre Vorhaben durchzusetzen. „Es wurde verabsäumt, die wirklich dramatischen Folgen des neuen Dienstrechts auf die Schulen rechtzeitig und verständlich zu kommunizieren“, schreibt die Unabhängige Bildungsgewerkschaft (UBG). Es ist höchst an der Zeit, dass hier ein Wechsel eintritt und die Bevölkerung für Bildungsanliegen und gegen Bildungsabbau gewonnen wird!

Zudem scheinen die LehrerInnengewerkschaften auch innerhalb der GÖD einen schweren Stand zu haben. Von einigen Sektionen dürften sie als Privilegienritter wahrgenommen werden, sodass eine wirkliche Unterstützung trotz diverser Beschlüsse keineswegs sicher ist. Dazu kommt, dass GÖD und ÖGB unterschiedlich gefärbt sind. Die „schwarze“ GÖD darf in ihrem Beschluss nur abstrakt von Maßnahmen des Arbeitskampfes sprechen und nicht explizit von einem Streik, damit der „rote“ ÖGB-Vorstand zustimmen kann und nicht offiziell gegen die Regierungslinie auftritt. Außerdem würden die Kampfmaßnahmen gegen das LDG in Wahrheit die stockenden Gehaltsverhandlungen bei den Beamten treffen, so ÖGB-Präsident Foglar zu News. Wen wundert's, wenn sich vollmundige Ankündigungen von LehrerInnengewerkschaftern unter diesen Rahmenbedingungen als Luftblasen erweisen. Und alle LehrerInnen, die FCG oder FSG nahestehen, sollten sich fragen, warum ihre Parteifreunde

am Montag an Lehrerdemos teilnehmen und einen Tag darauf ÖVP- und (alle!) FSG-GewerkschafterInnen im Nationalrat für das Dienstrecht neu stimmen.

Welchen Stellenwert die Bildungsgewerkschaften in der GÖD haben, hat sich auch auf der Großkundgebung in Wien gezeigt: Selbst wenn es bei der Veranstaltung in erster Linie um die bislang gescheiterten Gehaltsverhandlungen für 2014 im gesamten öffentlichen Dienst ging, ist ärgerlich, dass weder VertreterInnen der Schulen noch der Universitäten zu Wort kamen und das LehrerInnendienstrecht nur in einem Nebensatz erwähnt wurde. Offensichtlich war es der BMHS/AHS/APS-Gewerkschaftsführung



nicht wichtig genug oder hat sie in der GÖD nicht genügend Einfluss, um sich einen Platz auf der Rednerliste zu erkämpfen. Der GÖD-Vorsitzende Neugebauer beeindruckte zwar mit seinem Auftritt rhetorisch, und insgesamt erzielte die gut organisierte und spritzige Großkundgebung sicher nach innen und nach außen Wirkung. Dennoch kann der 18. Dezember

nicht darüber hinwegtäuschen, dass an einer wirklichen Solidarität zwischen den Berufsgruppen des Öffentlichen Dienstes noch gearbeitet werden muss. Alles andere als ein Zeichen von Selbstbewusstsein, ja geradezu peinlich ist es, wenn die BMHS-Gewerkschaften in diesem Rahmen durch eine „Leistungsschau“ auf sich aufmerksam machen wollen, statt ihre Forderungen für die Öffentlichkeit nachvollziehbar zu erheben und zu sagen, was sie wollen und warum.

## Wir sind gefordert!

Jene Protestaktionen, bei denen der Unmut und die Empörung von LehrerInnen aller Schultypen zum Ausdruck kamen, wurden mit Ausnahme von Vorarlberg von DAs und GBAs oder – wie in Graz – von Initiativen organisiert. Die STELI-UG war daran maßgeblich beteiligt. Die LehrerInnengewerkschaften wären auf Landesebene dazu kurzfristig, das muss leider gesagt werden, nicht in der Lage gewesen. Auch Verbindungen zu Lehramt-Studierenden zu knüpfen und Kontakte zu Initiativen von JunglehrerInnen wie jener für ein faires Dienstrecht (IFLD) aufzunehmen, ist vielen FCG- und FSG-Gewerkschaftern völlig fremd. Das ist umso schlimmer, als die Protestkundgebungen der LehrerInnen durchwegs auf ein positives mediales Echo stießen, und zeigt, wie wichtig Initiativen von Betroffenen sind.

In diesem Zusammenhang richten wir einen Appell an jede/n einzelne/n Lehrer/in. Nicht wenige sind in den letzten Monaten der Gewerkschaft beigetreten, weil sie gespürt haben, dass es die Unterstützung einer breiten Basis braucht, um mit Nachdruck auftreten zu können. Die Erfahrungen zeigen allerdings, dass es allein mit dem Bezahlen des Mitgliedsbeitrages nicht getan ist. Wir sind uns sicher, dass auf den eingangs erwähnten Betriebs-

▷ versammlungen an den Schulen im Lande sämtliche relevanten Argumente gegen das LDG neu genannt wurden, dass die Kollegien ziemlich genau wissen, woran das geplante Gesetz krankt und was nötig wäre, um unsere Schulen vorwärts zu bringen. Diese Ideen mit Nachdruck zu vertreten, das Projekt Schule, das ja ein Anliegen aller Menschen in Österreich sein muss, vor und mit einer breiten Öffentlichkeit zu diskutieren, ist das Gebot der Stunde. Bloß – wer soll das tun? Kollege Kimberger als Sprecher der LehrerInnen-Gewerkschaften hat sich brav bemüht, in zig Diskussionen und Interviews darzustellen, wieso die Gewerkschaft das Dienstrecht ablehnt, aber das reicht nicht. Die Gewerkschaft darf nicht nur als Verhinderer von Verschlechterungen und somit als Bewahrer des Status quo wahrgenommen werden, sondern muss als ein Gesprächspartner auftreten, der aktiv Inhalte vorgibt, Visionen entwickelt, daraus abgeleitete Forderungen stellt und so Verbündete findet. Dazu bedarf es einer Sprache, die allgemein verständlich ist, frei von abgenutzten Phrasen und offen für Neues. Eine Diskussion im ORF oder ein ZiB2-Interview ist die größte Bühne im Land, hier die richtigen Worte zu finden bewirkt mehr als jede Imagekampagne in Form von sündteuren bezahlten Anzeigen oder zahnlosen Aussendungen. So – und nur so – kann statt dem Streiten über die Zahl der Unterrichtsstunden ein breiter Diskurs über die Zukunft unserer Schulen stattfinden.

Was nun der oder die Einzelne beitragen kann? Unserer Meinung nach viel: Gespräche im Freundes- und Bekanntenkreis erreichen eine große Zahl von Menschen, Fluten von Leserbriefen an Tageszeitungen, Verfassen von Postings, vielleicht auch das Nutzen von sozialen Netzwerken werden eher wahrgenommen als eine Presseaussendung der GÖD, die garantiert von den Gegnern sofort höhnisch kommentiert wird. Und vor allem gilt es, die Gewerkschaft, einen schon durch seine Größe und Strukturen nicht allzu wendigen Apparat, durch aktive Mitglieder vor sich her zu treiben und mehr oder weniger zu zwingen, entschlossen aufzutreten.

Nach dem Beschluss des LDG neu hat sich Ernüchterung breitgemacht. Auch wenn die ARGE-LehrerInnengewerkschaften nun durch eine parlamentarische BürgerInneninitiative für Aufhebung und Neuverhandlung der Dienstrechtsnovelle am Ball bleiben will, muss klar sein, dass die Gewerkschaft anders ausgerichtet und anders aufgestellt werden muss, will sie in Zukunft nicht nur weiteren Einsparungen und Verschlechterungen Einhalt bieten können, sondern ein ernst zu nehmender Player im Ringen um die Schule der Zukunft sein.



## Persönlich

Auch wenn wir seit 1983 (!) in Personalvertretung und Gewerkschaft als parteiunabhängige Fraktion aktiv sind, wird die STELI-UG als „junge“ Gruppierung wahrgenommen. Das schützt uns aber nicht davor, dass nach und nach der eine oder die andere unserer MitarbeiterInnen die Lehrtätigkeit einstellt und sich – nein, nicht zur Ruhe setzt, sondern andere, nicht minder reizvolle Tätigkeitsbereiche sucht.

**Germaid Puhr** ist wohl eine der profiliertesten VertreterInnen in unseren Reihen. Als HAK-Lehrerin hat sie sich über viele Jahre nicht nur an ihrer Schule, der BHAK Fürstenfeld, als Personalvertreterin für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen eingesetzt, sondern hat die STELI-UG



auch in so gut wie allen Gremien von PV und Gewerkschaft vertreten: Dienststellenausschuss, Fachausschuss, Landesfachgruppenleitung, Landesleitung, Erweiterte Bundessektionsleitung. Seit 1. Dezember 2013 ist Germaid im Ruhestand und gibt keine Ruhe. Auf Regional- und Bezirksebene ist sie politisch sehr aktiv und hat uns ein interessantes Detail verraten: Nach ihrer Wahrnehmung ist die Zusammenarbeit mit ÖVP- und SPÖ-lern im nicht-schulischen Bereich sogar eher weniger mühsam als in den FCG-dominierten Gewerkschafts- und PV-Gremien. Na dann: Viel Spaß, liebe Germaid!



Ein weiterer Name wird in Zukunft bei STELI-Aktivitäten fehlen: **Hans Jud** ist ebenfalls seit 1.12.2013 in Pension und wird nicht nur in der HAK Monsbergergasse, sondern auch in der STELI abgehen. Als frühem PC-User und -Versteher verdanken wir ihm den teilautomatisierten

Versand der SteiLeZeit bereits zu Beginn der unabhängigen Interessensvertretung in der Steiermark. Hans hat uns aber auch in diversen Gewerkschafts- und PV-Gremien vertreten und sich mit seiner ruhigen, aber bestimmten Art Gehör verschafft. Vielleicht schiebt er ja in den hoffentlich bald kommenden Frühlingstagen die alte 350er Honda ins Freie, die seit gut 25 Jahren auf diesen Tag wartet („Keine Zeit!“), und rollt entspannt durch die Südsteiermark. Good luck!

Haymo Sternat